

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. RM. 20.—, vierteljährl. RM. 60.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandsdeutschen Verkehr 66.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 75 Pf. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto : Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum RM. 1.50, anwärts RM. 2.00. : Reklame-
zeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstufertellung werden
jeweils 1 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaa in Waldbad.

Nummer 147

Februar 179

Waldbad, Dienstag, den 27. Juni 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Die ersten Küstendampfer, die Deutschland an Frankreich als Ersatz für die während des Kriegs verloren gegangenen Schiffe zu liefern hat, sind in Frankreich eingetroffen.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der staatlichen Verkehrsbetriebe, die seit Samstag im Auslande sind, fordern neben der Gehalts- und Lohnhöhung ein schnelles Gesetz über die neue Notenbank. Die Regierung ist bereit, in Unterhandlungen einzutreten, verlangt aber, daß vorher die Arbeit aufgenommen werde. Der Verkehr ruht noch fast vollständig.

Ein Ministerpräsident ist der neue Präsident Eignung der chinesischen Republik. Wie aus Peking gemeldet wird, hat er mit Rücksicht auf die Leere der chinesischen Staatskassen dem Staatssekretär für Finanzen Tungfang mitgeteilt, daß er auf seinen Jahresgehalt von 350 000 Dollar verzichte.

Die Tagung der amerikanischen Arbeiterverbände in Cincinnati hat mit großer Mehrheit einen Antrag abgelehnt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert werden solle, die Sowjetregierung anzuerkennen.

Der polnische Staatspräsident Pilsudski hat im Sejm (Reichstag) den Vizepräsidenten der Stadt Warschau, Sliwinski, zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen, der sich zur Kabinettsbildung bereit erklärt hat.

Erbschaftsteuer und Geldbewertung

Bei der Beratung der neuen Steuergesetze im letzten Winter wurde von der großen Mehrheit sowohl des Steuer- als auch des Reichstages die Notwendigkeit anerkannt, die direkte Besteuerung der Geldbewertung anzupassen. Die Geldbewertung hat bei den auf Staffeln aufgebauten Besitzsteuern die Wirkung, daß die Einkommen und Vermögen bei gleichbleibender oder gar sinkender Kaufkraft von selbst in immer höhere Steuerstufen hineinwachsen. Seit dem Londoner Ultimatum im Mai vorigen Jahres ist der Außen- und Innenwert des deutschen Gelds auf etwa ein Fünftel seines damaligen Stands zurückgegangen. Der Dollarkurs ist von 60 auf mehr als 300 M., die Indexziffer der Großhandelspreise von etwa 1300 auf 6500 gestiegen. Wer sein Einkommen und Vermögen in Papiermark seither veräußert hat — nur wenige sind in dieser glücklichen Lage —, hat an der Kaufkraft gemessen, gerade noch das selbe wirkliche Einkommen und Vermögen wie vor einem Jahr; aber er muß das Dreifache und mehr an prozentualen Steuerbeträgen bezahlen. Wer sein Einkommen oder Vermögen nur verdoppelt oder verdreifacht hat, steht an wirklichen Einkommen und Vermögen wesentlich schlechter als vor einem Jahr, muß aber gleichfalls höhere Steuerbeträge bezahlen. Wer schließlich sein Einkommen oder Vermögen nicht hat vermehren können, hat nur noch ein Fünftel der damaligen Kaufkraft behalten, aber der Steuerfuß, dem er unterliegt, ist geblieben, wie wenn seine finanzielle Lage sich durch die Geldbewertung in keiner Weise verschlechtert hätte. Soweit das Arbeitseinkommen in Betracht kommt, haben auch die Sozialdemokraten und Kommunisten diesen Sachverhalt anerkannt, und sich bereit gezeigt, die Folgerungen zu ziehen. Die Unabhängigen beantragen in Rücksicht auf die im letzten halben Jahr — seit dem Erlaß der letzten Novelle zum Einkommensteuergesetz — eingetretenen weiteren Geldbewertung eine neue Herabsetzung der Höhe des Einkommensteuertarifs, allerdings nur für die unteren Stufen. Im Interesse der Gerechtigkeit und der Erhaltung der wirtschaftlichen Betriebe ist eine allgemeine Anpassung der Steuertarife an die Geldbewertung unbedingt erforderlich. Auch die Reichsregierung hat das bei den Reichstagsverhandlungen über das Steuerkompromiß ausdrücklich anerkannt. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat am 26. Januar d. J. im Reichstag erklärt:

„Im Anschluß an das große Befehdungswort wird bei den sonstigen Steuern geprüft werden, ob und inwieweit sie der Geldbewertung anzupassen sind.“

In den Verhandlungen mit den Parteien über das Steuerkompromiß hat darüber hinaus die Reichsregierung ausdrücklich ihr Einverständnis damit erklärt, daß die Anpassung der Erbschaftsteuer an die Geldbewertung als besonders dringlich anzusehen und sobald wie möglich in Angriff zu nehmen ist. Die Regierung muß jetzt, wo mit der grundsätzlichen im Mantelgesetz des Steuerkompromisses bereits beschlossenen Zwangsanleihe ein neuer harter Charakter in die Substanz der Vermögen gemacht werden

soil, um so mehr beim Wort gehalten werden, als im Gegensatz zu dem erst im März 1920 beschlossenen und inzwischen schon fünfmal geänderten Einkommensteuergesetz das im August 1919 bei noch wesentlich besseren Geldwertverhältnissen beschlossene Erbschaftsteuergesetz bisher eine Angleichung an den gesunkenen Geldwert überhaupt noch nicht stattgefunden hat. Zur Zeit der Beschlußfassung der Nationalversammlung über das Erbschaftsteuergesetz stand der Berliner Wechselkurs auf die Schweiz — ein Kurs auf New York wurde damals noch nicht wieder notiert — auf wenig über 300 Mark für 100 Franken. Heute steht der Kurs auf die Schweiz auf 6000 Mark für 100 Franken. Die deutsche Valuta ist also seit der Feststellung des Tarifs zum Erbschaftsteuergesetz auf ein Zwanzigstel ihres damaligen Stands gesunken. Ähnlich hat sich die inländische Kaufkraft des deutschen Gelds entwickelt. Die Indexziffer der Großhandelspreise, wie sie das Statistische Reichsamt berechnet, stand im Durchschnitt des Jahres 1919 auf 412, heute ist sie auf etwa 6500 angekommen; d. h. die inländische Kaufkraft des deutschen Gelds hat sich seit der Beschlußfassung über das Erbschaftsteuergesetz auf ein Sechstel verringert. Die Wirkung ist, daß heute die Nachlässe und Erbansätze bei gleichem Nominalwert, wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1919, einer auf das Fünffache und darüber hinaus gesteigerten Besteuerung unterliegen; dies angesichts der Tatsache, daß schon bei den Geldwertverhältnissen des Jahres 1919 die ursprünglichen Sätze des Erbschaftsteuergesetzes von einer in keinem Lande erreichten Härte waren, die der damalige Finanzminister Erzberger als die Grenze des Möglichen bezeichnete.

Vom Reichstag selbst sind nun die Anregungen zu einer Abänderung und Ausgleichung der durch die Zeitverhältnisse unhaltbar gewordenen Bestimmungen der einschlägigen Steuergesetze ausgegangen (selbständige Anträge der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei) und die betreffenden Abänderungsanträge sind zusammen mit dem Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe dem Steuer- auschuß überwiesen worden.

Ein Schachergeschäft?

Von einem außenpolitischen Mitarbeiter.

Mit einer offenbar amtlich beeinflussten Umdeutung des in Frankreich weit verbreiteten „Petit Parisien“ fing es an. Am nächsten Tage klappte die halbamtliche Mühle in sämtlichen Pariser Blättern: Frankreich will durch Zugeständnisse an England im nahen Osten die „Handlungsfreiheit am Rhein“ ertauschen. Natürlich wird das sein gesponnenes Plänchen als ein Londoner Erfolg Poincarés hingestellt. Lloyd Georges Stimmung sei infolge der mißglückten Konferenz von Genoa vollständig umgeschlagen. Er näherte sich dem Franzosenfreund Lord Derby und komme den Wünschen der französischen Regierung insofern entgegen, als er sich von den Ansichten des britischen Vertreters in der Entschädigungs- kommission, Brabury mehr und mehr entferne. Das sind alles leere, unbewiesene Behauptungen, zu einem bestimmten politischen Zweck fabriziert. Aber warum soll sich die Pariser Presse nicht dazu hergeben? Hat doch der Vorsitzende des Senatsausschusses für äußere Politik, Doumergue, also ein Mann von Verantwortlichkeit, öffentlich mitgeteilt, Poincaré sei in London gewahrt geworden, daß auch die englische Regierung keine Herabsetzung der deutschen Schuld mehr wünsche.

Auf diesen Behauptungen, besser gesagt: Unterstellungen wird nun das Schacherproblem aufgebaut: Poincaré verzichtet auf die Briand'sche Orientpolitik, er wendet sich von der türkischen Angora-Regierung ab und überläßt das Feld im nahen Osten der englischen Politik. Für diese Zugeständnisse tauscht er ein: Handlungsfreiheit in der Reparationsfrage gegen Deutschland, insbesondere Anerkennung der französischen Forderung, daß die Rheinbefestigungsfrage wegen der Widerpenstigkeit Deutschlands noch immer nicht zu laufen begonnen habe. Um diese diplomatische Räubergeschichte — etwas anderes ist es doch nicht — für zweifelnde Gemüter schmackhafter zu machen, wird die Lage in Kleinasien so dargestellt, als gehe England auf Grund der Ipeben in London getroffenen Vereinbarungen von neuem gegen die Angora-Türken vor. Die französischen Berichterstatter in Athen überschütten ihre heimatischen Zeitungen mit Nachrichten über eine plötzliche Wiederbelebung der griechischen (von England unterstützten) Feindseligkeiten in Kleinasien. England hat jetzt am Bosphorus vollständig freie Hand. Warum soll sich Frankreich nicht am Rhein zu Tisch setzen?

Dies der Gedankengang, den Poincaré jetzt durch seine Preßtrabanten dem empfänglichen französischen Zeitungsleser ins Hirn hämmern läßt. Auf dem Umweg über die Northcliffe-Presse hofft man dann auch in England Einbruch zu machen, und die Geschichtsbücher von den „Londoner

Abmachungen“ ist fertig. Über im Auswärtigen Amt zu London scheint man gewarnt worden zu sein. Jeder Tag bringt eine neue Note, die dem französischen Pressefeldzug das Konzept verdirbt. Da wird an die Grundfrage erinnert, die England anlässlich der französischen Befehung von Frankfurt a. M. aufgestellt hat. Da wird jedes einzelne Vorgehen bei der Durchführung der Friedensverträge als vertragswidrig und feindlich erklärt. Lloyd George bemüht sich bei dieser „Gegenwirkung“ selbst. Er läßt die französischen Korrespondenten zu sich bitten und teilt ihnen mit, England vertrete in der Entschädigungsfrage den Standpunkt, daß keine militärischen Sanktionen verhängt werden dürfen, selbst für den Fall, daß Deutschland die eine oder die andere seiner Verpflichtungen nicht erfüllt. Denn es fehle der „böse Wille“, England sei auch gegen wirtschaftliche Zwangsmassnahmen, weil sie nichts einbringen. Lloyd George wünscht offenbar, daß die derzeitigen Verhandlungen des Garantieausschusses in Berlin in Ruhe und ohne Reizung von Seiten Frankreichs verlaufen.

Um den glatten Gang der Dinge zu fördern, stimmt die englische Regierung auch den Forderungen der Anleihefrage weiter und läßt verkünden, daß die Aufnahme einer Anleihe für Deutschland in allernächster Zeit unbedingt nötig sei. Der Vorschlag des Morgantomites dürfte nicht entmutigen. Da fast die ganze französische Presse seit einigen Tagen von der Anleihe spricht, ihre Notwendigkeit anerkennt, so kann sie sich jetzt nicht selbst widerrufen. Man sieht, wie geschickt die englische Diplomatie die französischen Unterstellungen pariert. Rein Wort fällt in London über das angebliche Tauschgeschäft von Orient-Rhein. Und es ist ja auch an der ganzen Pariser Presse-Wache kein Wort wahr! Lloyd George hat Herrn Poincaré in London auf die Haager Konferenz und auf eine abwartende, vernünftige Behandlung der Entschädigungsfrage festgelegt. Das ist die Wahrheit. An ihr rütteln vergeblich die Federhelden des Pariser Ulgensfeldzugs.

Zur Ermordung Rathenaus Der Ausnahmezustand

Die Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten, die der Reichskanzler in der Reichstagsitzung vom Samstag abend verlas, haben folgenden Wortlaut:

1. Verbotene Vereinigungen.

§ 1. Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen können verboten werden, wenn die Befugnis begründet ist, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die zur geschwundenen Befestigung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der Reichs- oder einer Landesregierung ansetzen, oder die republikanischen Staatseinrichtungen verächtlich machen, Vereine und Vereinigungen, welche Bestrebungen dieser Art verfolgen, können verboten und aufgelöst werden.

§ 2. Zuständig für Maßnahmen des § 1 sind die Landeszentralbehörden. Glaubt die Landeszentralbehörde, einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so hat sie dies sofort dem Reichsminister des Innern mitzuteilen und die Entschädigung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik anzurufen. Entschieden dieser im Sinne der Verordnung, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu ergreifen.

§ 3. Beschwerden gegen eine Verordnung nach § 1 können bei der Landeszentralbehörde eingereicht werden. Wer verbotene Versammlungen besucht, Kundgebungen veranstaltet, oder in solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis 500 000 Mark erkannt werden.

2. Strafbestimmungen zum Schutze der Republik.

1. Der gleichen Geldstrafe unterliegt, wer öffentliche Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder Mitglieder der Regierung des Reichs oder der Länder verherbt, billigt oder begünstigt.

2. Wer zu Gewalttaten gegen Regierungsmitglieder auffordert oder aufwiegelt.

3. Wer solche Regierungsmitglieder verleumdete oder öffentlich beschimpft.

4. Wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft.

5. Eine Verbindung, die den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben, nach der Bestimmung des Strafgesetzbuchs.

3. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Beim Reichsgericht wird ein Staatsgerichtshof

zum Schutz der Republik errichtet; er besteht aus 7 Mitgliedern. Drei derselben ernannt der Präsident des Reichsgerichts, vier ernannt der Reichspräsident. Die von ihm ernannten Mitglieder brauchen nicht die Eigenschaften zum Richteramt zu haben. (Stimmlicher Beifall links.)

4. Beschlagnahme verbotener Druckschriften.

Die Vorschriften des Pressegesetzes werden auf die in der Verordnung bezeichneten Vergehen ausgedehnt. Die Strafe für Verbreitung einer verbotenen Druckschrift ist die gleiche wie oben angegeben.

Die Vollziehung dieser Verordnung legt der Reichspräsident in die Hände des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern. Dazu kommt eine weitere Verordnung auf Verbot bestimmter Versammlungen, welches die Landeszentralbehörden ermächtigt, die für 28. Juni geplanten Versammlungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrags zu verbieten. Das gleiche gilt bis auf weiteres für Regimentsfeiern und ähnliche Versammlungen.

Der Reichstag über den Mord

Berlin, 26. Juni.

In der 236. Sitzung, die am Sonntag um 12.45 Uhr eröffnet wurde, stellt Präsident Lübbe fest, die Münchner Meldung, die rechtsstehenden Abgeordneten General v. Schöck-München und Brünighaus seien von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Stämpfer (Redakteur des „Vorwärts“) und anderen im Beratungssaal halb tot geschlagen worden, seien stark übertrieben; allerdings seien beide mißhandelt worden.

Abg. Well (Soz.) sagt, eine Welle der Empörung gehe durch das ganze Land. Organisierte Mörderbanden haben ein Menschenleben gefaßt, das sich opferwillig in den Dienst des Volks gestellt habe. Die deutschvölkische Judenbege sei eine Gefahr für den Staat. Die Deutsche Volkspartei sei der einflußreichste Teil der Deutschnationalen und sie könne sich von der Verantwortung nur dadurch frei machen, wenn sie mitthofe, die deutschvölkischen Nester auszuheben. Helfferich müsse endlich aus dem öffentlichen Leben verschwinden und die Regierung müsse rücksichtslos gegen die Geheimorganisationen und die Regimentsfeiern vorgehen. Die deutsche Rechtsprechung sei ein Skandal, der zum Himmel schreie. Die Nationalisten suchen die Spuren der Mörder zu verwischen. Ein Blatt behauptet, hinter dem Mord stehe eine Weibergeschichte. Die Nachsicht der Linken sei zu Ende. Wer die Mörder finanziell unterfütze, müsse seine Vermögen verlieren. Die schwarz-weiß-rote Fahne sei zur Mörderfahne geworden, die rote Fahne sei das Zeichen der Völkerverfälschung.

Abg. Warg (Z.) kennzeichnet den Eindruck, den die Tat im In- und Ausland hervorgerufen habe. Der Reichstag müsse die Ruhe bewahren, und dürfe die Leidenschaften der Bevölkerung nicht steigern. Tatsächlich sei die Republik in Gefahr. Die Republikaner, die Andersdenkende, die Frage müsse leicht entschieden werden. Die Gegner der Verfassung seien auch die Gegner des Volks. Er wolle keine Partei der Mith Schuld zeihen, aber die Verhältnisse, die von einer Partei monatelang geschaffen worden seien, seien geeignet, Wirrköpfe zur Mordwaffe greifen zu lassen. Die scharfen Maßregeln der Regierung seien berechtigt und das Zentrum stehe geschlossen hinter ihnen. Einige Blätter der Rechten seien nicht mehr zu einer christlichen Partei zu zählen. (Zurufe Wulke!) Die Regimentsfeiern werden mit Recht verboten. Das Zentrum werde eine Erweiterung der Regierungsmehrheit (auch der unabhängigen Soz.) nicht verhindern.

Als der Abg. Herz (Dishn.) das Wort erhält, wird er von der linken Seite mit den stürmischen Rufen empfangen: Raus mit der Mörderbande! Die Sozialdemokraten verlassen den Saal. Großer Lärm. Abg. Herz gibt, fortwährend von Zurufen unterbrochen, eine Erklärung ab, daß die Deutschnationale Volkspartei von tiefster Entrüstung und Empörung über die verruchte Tat erfüllt sei. Sie erwarte, daß die Regierung kein Mittel unversucht lasse, die Mörder zur Aburteilung zu bringen. Mit allem Nachdruck aber müsse die Deutschnationale Volkspartei die gegen sie gerichteten Angriffe zurückweisen und den verfassungsmäßigen Schutz dargogen in Anspruch nehmen. Gewiß sei die Ergreifung besonderer Maßnahmen berechtigt, aber es sei unerhört, daß die getroffenen Anordnungen sich ausschließlich gegen die Rechte wenden. Man solle keine Unterschiede machen. Es bestehe die Gefahr, daß der Staatsgerichtshof einen politischen Charakter erhalte; die außerordentlichen Vollmachten und Bestimmungen schränken die staatsbürgerliche und

Pressfreiheit in unzulässiger Weise ein. Die Bestimmungen seien behärdlich und öffnen der willkürlichen Anwendung Tür und Tor. Die Ausnahmeverordnung müsse daher als ungerecht und mit dem Geist der Verfassung unvereinbar bekämpft werden. (Lärm links.)

Reichsjustizminister Dr. Radbruch (Soz.) erklärt: Die Ausnahmeverordnung werde nur gegen die Rechtsradikalen, nicht gegen die Linkenradikalen angewandt werden.

Abg. Crispian (Unabh.) sagt, Herz trage das Kainszeichen auf der Stirn. Die Deutschnationale Partei sei eine Mörderorganisation. Das Reich müsse die Ausführung der Verordnung in die Hand nehmen, sonst werde man sich wohl in Bayern nicht darum kümmern. Die Bestimmungen sollten noch viel schärfer sein. Crispian verlangt die Verhaftung Ludendorffs und anderer Generale, Ausweisung der Hohenzollern aus Deutschland, Einziehung der Vermögen der deutschen Fürsten. Die Partei der Unabhängigen sei zur Mitarbeit an dieser Neuordnung bereit.

Reichskanzler Dr. Brüth erklärt: Die fehlende Mitarbeit Rathenaus am Wiederaufbau Deutschlands sei unerseßlich. Was die deutschnationalen Zeitungen verschuldet haben, könne nicht wieder gutgemacht werden. Besonders habe sich hierin der Abg. Wulle hervorgetan. In Deutschland habe man geradezu eine politische Vertiertheit. Nichts sei ungerechter als der Vorwurf, daß Rathenau in Genau den Vertrag mit den Sowjetrouten abgeschlossen habe, um seinen jüdischen Stammesgenossen Vorteile zu verschaffen. Die Erregung der Massen könne auch einmal zum Vulkan werden. Der Artikel Ludendorffs in einer englischen Zeitschrift, der eine monarchistische Diktatur in Deutschland empfiehlt, sei eines Deutschen unwürdig; Ludendorff zeige damit, daß er für die politische Atmosphäre dieser Welt kein Gefühl habe. Es bestehe kein Zweifel: Der Feind steht rechts.

Abg. Dr. Heinze (D. Sp.) verurteilt die Mordtat aufs schärfste; strenge Strafbestimmungen seien am Platz, aber vor allem müsse der Dunst, aus dem solche Mordtaten entstehen, aus der Welt geschafft werden. Der Grund der Verzweiflungssituation in Deutschland seien der Vertrag von Versailles und die Demütigungen, die wir fortwährend zu erdulden haben. (Großer Lärm links.) Wir brauchen innere Ruhe und müssen uns zu schaffender Arbeit zusammenfinden. Die Erregung in Deutschland dürfe nicht zu einem großen Feuer angeblasen werden; die Aufforderung der Sozialisten zum Generalstreik sei gefährlich. Die Verordnung müsse gegen rechts und links angewendet werden. (Großer Lärm links.) Alle Deutsche seien vor dem Gesetz gleich. Das Verbot der Regimentsfeiern sei nicht ungefährlich.

Abg. Dr. Petersen (Dem.) erklärt, die Verordnung gehe noch nicht weit genug.

Wegen der Beerdigung Rathenaus fällt die Dienstags-Sitzung aus.

Der Reichspräsident in Berlin.

Berlin, 26. Juni. Der Reichspräsident ist heute vormittag 9 Uhr aus Freudenstadt kommend in Berlin angekommen. Kurz nach seiner Ankunft empfing er den Reichskanzler und die Reichsminister Dr. Köster und Dr. Radbruch zu Besprechungen über die politische Lage.

Berlin, 26. Juni. Die bayerische und die württembergische Regierung haben der Reichsregierung das Beileid zu dem stuchwürdigen Verbrechen, dem der hochverdiente Minister zum Opfer gefallen sei, ausgesprochen.

Die Deutsche Demokratische Partei Bürttembergs hat an den Parteivorstand in Berlin ein Beileidstelegramm abgefaßt.

Die Beamten und Angestellten der Reichsbehörden werden am Dienstag nachmittag zur Teilnahme an allen etwa geplanten Trauerkundgebungen beurlaubt.

Mit Ausnahme von Bayern haben die Landesregierungen die Veranstaltungen zur Kriegsschuld am 28. Juni und vorläufig alle Regimentsfeiern verboten.

An der von den drei sozialistischen Parteien und den demokratischen Vereinen veranstalteten Kundgebung im Lustgarten haben etwa 250 000 Menschen teilgenommen. Die Veranstaltung ist ruhig verlaufen.

Der Leichenbefund.

Berlin, 26. Juni. In der Schauhalle wurde am Sonntag vormittag die gerichtliche Deffnung der Leiche des Ministers Rathenau vorgenommen. Der Körper war von fünf Kugeln durchbohrt. Die Handgranate hatte Verletzungen an der linken Hand und am rechten Bein verursacht. Nach der Ansicht des Schießschwerverständigen sind die Kugeln aus einer Maschinenpistole abgeschossen worden.

Die Aufbahrung im Reichstag

Berlin, 26. Juni. Die Leiche Rathenaus wird am Montag abend im Reichstag aufgebahrt. Am Dienstag nachmittag findet unter Teilnahme der Reichsregierung und des Reichstags die Beisetzung in dem Erbgrabnis der Familie Rathenau in Oberschöneweide statt. Die Reichswehr biliet Später. Gleichzeitig werden sozialistische Kundgebungen in Berlin und im ganzen Reich stattfinden, die mit einer halbtägigen Arbeitsruhe verbunden sind. Die Beisetzung Rathenaus erfolgt auf Reichskosten.

Entfernung des Standbilds Wilhelms I. aus dem Reichstag

Berlin, 26. Juni. Für die Aufbahrung der Leiche Rathenaus in der Wandelhalle des Reichstags verlangten die Linksparteien, daß das daselbst befindliche Standbild des Kaisers Wilhelm I. entfernt werde. Der sofortigen Entfernung stehen technische Schwierigkeiten entgegen, doch soll das Standbild später entfernt werden.

Bedrohung Helfferichs

Berlin, 26. Juni. Abg. Helfferich hat eine größere Anzahl Drohbriefe erhalten, die ihm als „Sühne für Rathenau“ die Ermordung androhen.

Forderungen der Sozialisten

Berlin, 26. Juni. Vertreter der drei sozialistischen Parteien, der Freien Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft für Angestellte (Asbund) einigten sich gestern nachmittag über Forderungen zum Schutz der Republik, die sodann der Reichsregierung übergeben wurden. Die Verhandlungen darüber sind wie der „Vorwärts“ berichtet, noch nicht abgeschlossen.

Nachforschungen

Berlin, 26. Juni. Am Sonntag sind bereits 10 Personen festgenommen worden, die im Verdacht stehen, der aus dem Klingerprozeß bekannt gewordenen „Organisation C“ anzugehören. In Berlin und allen Vororten ist ein Heer von Polizisten und Kriminalbeamten zu Streifen durch den Grunewald und den Vorort Schmargendorf aufgeboden. Viele verhaftete Personen mußten wieder freigelassen werden. Eine größere Anzahl Kriminalisten wurde in andere Städte geschickt, um die Spuren zu verfolgen.

Eine Million Belohnung

Berlin, 26. Juni. Wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, ist für die Ergreifung der Mörder Rathenaus eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt worden. — Die sächsische Regierung soll nach der Dresdener „Volkszeitung“ bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Gessler (Dem.) verlangt haben.

Verhaftungen.

Berlin, 26. Juni. Nach einer Meldung der „B. Z.“ am Montag aus München ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaften Berlin und Kassel der Kapitänleutnant Hoffmann als verdächtig des Anschlags auf Scheidemann und der Beteiligung an der Ermordung Rathenaus verhaftet worden. — Festgenommen wurde ferner, wie das gleiche Blatt aus Flenzburg meldet, daselbst der Kapitänleutnant Karl Tilleßen, der ältere Bruder des des Mords an Erzberger verdächtigen Oberleutnants z. S. Heinrich Tilleßen.

Lloyd George über Rathenaus Tod.

London, 26. Juni. W.T.B. meldet: In einer Ansprache in der Walliser Baptistenkapelle in London sagte Lloyd George am Samstag nachmittag: Rathenau war einer der fähigsten Minister Europas und er tat sein Bestes, um die guten Beziehungen zwischen seinem Land und den anderen Nationen, denen Deutschland Unrecht zugefügt hatte, wieder herzustellen. Deshalb wurde er ermordet. Ich kann nur meinen tiefsten Abscheu aussprechen über das Verbrechen und dem Vertrauen Ausdruck geben, daß Deutschland nicht leiden werde unter dem Unrecht, das diese Leute ihrem eignen Land zugefügt haben durch dieses feige Verbrechen an einem feiner ausgezeichneten Bürger.

Lloyd George sagte ferner, er würde gerne die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland im Völkerbund sehen. Man sage, der Völkerbund würde besser sein, wenn Deutschland dabei wäre. Aber Deutschland wolle nicht aufgenommen werden; das sei die Schwierigkeit. Sollte der Antrag auf Zulassung Deutschlands vor dem Völkerbundrat gestellt werden, so würde die britische Vertretung für den Antrag stimmen. Der Friede würde wieder hergestellt sein, wenn

Heimatzwurzeln.

Roman von Hans von Helldorf.

(Nachdruck verboten)

„Jedes Wort hatte sie von diesem Gespräch behalten. Und das, was sie soeben durch den Pastor erfahren hatte, war wahrhaftig dazu angetan, sie noch mehr fühlen zu lassen, daß das neue Lebensjahr mit schweren Wolken beginne.“

„Reite du auf deine Felder und trage deine Sorgen hinaus, mein Kind! Laß dir von den Lerchen etwas vorsingen — die liebe Sonne wieder hell in dein Herz scheinen. Ich aber werde statt deiner heute nachmittag nach Woldenberg fahren und Herrn von Bidau dieses Schriftstück zu lesen geben. . . . Ja, reite nur.“ sagte er noch einmal, als sie zögerte und seine Hand nicht loslassen mochte. „Für dich ist das heute das Beste. Ich will mich noch nach Egon umsehen — doch wollen wir beide, was wir eben besprochen, vorläufig noch für uns behalten.“

Am Spätnachmittag fuhr Pastor Haller nach Woldenberg. Er ließ den Wagen im Dorf halten und ging zu Fuß, den Mann aufzusuchen, dessen Haus er schon seit Jahren mied.

Der Diener hatte dem Herrn den Besuch gemeldet und wartete, welchen Bescheid er erhalten würde.

„Ist das auch keine Verwechslung?“ fragte Herr von Bidau ungläubig.

„Nein, es ist der Pastor aus Parnitz.“

„Nun, so sagen Sie, ich lasse bitten.“

In den verrinnenden Minuten schossen allerlei Fragen und unbehagliche Empfindungen durch den Kopf des Wartenben.

„Was will der Mann bei mir? Ist in Parnitz etwas vorgefallen, daß man ohne meine Hilfe nicht aus-

kommen kann? — Oder hat der alte Starrkopf sich auf überflüssige Nächstenliebe besonnen, um nach dem Befinden meiner Frau zu fragen?“

Er war von seinem Stuhl am Schreibtisch aufgesprungen und erwartete den Eintretenden stehend am Fenster.

Der Gesichtsausdruck des ihm langsam Entgegenkommenden verriet durchaus nichts von Nächstenliebe und Güte. Bidau hatte vorhin noch überlegt, ob er dem Pastor die Hand geben sollte; da dieser aber nicht die mindeste Absicht zeigte, die seine hervorzustrecken, blieb es bei einer gegenseitigen Verbeugung.

„Welches Anliegen führt Sie gerade zu mir? — Ich darf wohl annehmen, daß es ein solches ist?“ fragte Herr von Bidau eifrig.

Eine Handbewegung, die den Gast zum Sitzen aufforderte, schien von diesem übersehen worden zu sein.

„Nein, ein Anliegen ist es nicht,“ entgegnete der Pastor förmlich.

„Nun, dann kommen Sie, bitte, ohne Umschweife zur Sache.“

Der Pastor zog ein Stück Papier hervor. Ehe er es Herrn von Bidau reichte, sagte er:

„Wollen Sie das, bitte, durchlesen, und mir dann erklären, wie der alte Peters dazu gekommen ist, diesen ungläublichen Passus in sein Testament aufnehmen zu können?“

Herrn von Bidau schoß das Blut in die Schläfen. Er riß das Blatt an sich und las es. Dabei zuckte es in seinen Zügen, wie peinigendes Mißbehagen.

„Das ist ja, um verrückt zu werden!“ rief er und versuchte zu lächeln. „Der Alte muß irrsinnig gewesen sein, daß er so etwas schreiben konnte.“

„Wehnliches möchte man ja denken, da das Testament dann umzustößen wäre. Aber leider vertritt der

Rechtsanwalt, den ich in dieser Sache schon befragte, die Ansicht, daß der Testator vollständig bei Verstand gewesen sei, als er ihm das Testament diktirt habe.“

„Und dennoch ist das Ganze ein Rägel!“ schrie Herr von Bidau außer sich.

Der Pastor sah ihm zu, wie er jetzt mit langen Schritten durch das Zimmer rannte.

„Hermann Peters hat mir erzählt, daß Sie eine Begegnung mit dem Alten gehabt haben. Sind vielleicht Zeugen vorhanden, die dieser beiwohnten? Nur dadurch stehe sich Klarheit in den Zusammenhang bringen.“

„Nein!“ entgegnete Herr von Bidau kurz.

„Dann liegt der Fall für Sie sehr ungünstig, denn Hermann Peters will auf das bestimmteste gehört haben, und zwar wiederholt, daß der Alte vor sich hingemurmelt hat: Den Rat des Woldenbergers werde ich nicht vergessen.“

„Wenn ich Ihnen hier mein Wort gebe, daß es mir nicht eingefallen ist, den alten Peters mit seinem Starrsinn zu bestärken.“

„Sie müssen aber doch irgend etwas gesagt haben, daß es geschah.“

„Ich erinnere mich, herangeritten zu sein, da man sich erzählte, der Alte sei tot. Zu meiner Verwunderung trat er lebend aus dem Hause. Da haben wir ein paar Worte miteinander gewechselt. Sie können mich totschlagen, wenn ich heute noch sagen soll, was wir gesprochen haben. Man redet doch mal so allerlei, ohne daß es gleich solche Folgen zu haben braucht.“

„Ich muß Sie aber doch bitten, daß Sie sich noch einmal recht genau bestimmen, denn wenn Sie nicht eine große Schuld auf sich laden wollen, werden Sie sich genötigt sehen, zu erklären, daß der Alte geirrt hat.“

Fortsetzung folgt.

nach der Sinn der Menschen zu gegenseitigem Wohlwollen verwendet haben würde. (Es hätte längst schon in der Nacht Lloyd Georges gelegen, dieses gegenseitige Wohlwollen einzuleiten; bis jetzt aber ist er über seine schönen Worte noch nicht hinausgekommen. D. Schr.)

Neue Nachrichten

Räuberlicher Überfall auf einen Garantiebeamten.

Berlin, 26. Juni. In der Nacht auf Sonntag um 3 Uhr wurde ein Beamter des Garantieauschusses, J. Goward, von einigen Kerlen auf der Straße überfallen und schwer verletzt. Als die Polizei hinzukam, fand sie einen Arbeiter, der sich in verdächtig Weise an dem am Boden liegenden Mann zu schaffen machte. Er machte sich widersprechende Aussagen und wurde als Beteiligter verhaftet. Goward vermisste seine Brieftasche mit 8000 Mark.

Der Landesrat des Saargebiets.

Saarbrücken, 26. Juni. Bei einer Beteiligung von nur 60 Prozent sind in den von der Verbands-Regierungskommission geschaffenen Landesrat gewählt worden: Zentrum 15, Sozialdemokraten 5, Liberale 4, Haus- und Landwirtschaftsminister 2, Kommunisten 2 und 1 Demokrat. Die Befugnisse des Landesrats sind bekanntlich in der Hauptsache nur beratender Art.

Württemberg

Glückwünsche für den Staatspräsidenten

Stuttgart, 26. Juni. Zu seinem 60. Geburtstag sind dem Staatspräsidenten Dr. Hieber am Sonntag aus dem Lande, wie aus allen Teilen des Reichs herzlich gehaltene Glückwunschschriften und Telegramme zugegangen. In dem Schreiben des Reichspräsidenten Ebert heißt es: „Nehmen Sie meine herzlichsten Glückwünsche zu diesem bedeutungsvollen Tage, mögen Sie noch recht viele Jahre dem schönen Schwabenland, das in herrlicher Berehrung diesen Tag mit Ihnen feiert, Führer und Leiter sein und in gegenseitigem aufrichtigem Vertrauen weiter mit uns arbeiten an dem Gedeihen unseres lieben Vaterlandes.“ Auch der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold und der badische Ministerpräsident Graf Hummel sandten Glückwünsche, ebenso Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, Finanzminister a. D. Dießing, Geh. Rat von Bayer. Persönlich zur Begrüßung erschienen General Reinhardt, der Kommandeur des Wehrkreises 5, der die Glückwünsche der Reichswehr zum Ausdruck brachte, ferner Abordnungen der Beamten des Kultusministeriums, der Beamten des Staatsministeriums und der Stadt Wetzheim, deren Ehrenbürger Staatspräsident Dr. Hieber ist. Von seiner Heimatgemeinde Waldhausen, O. Wetzheim, erhielt eine Abordnung, welche ein künstlerisch ausgeführtes Gemälde mit der Hauptstraße des Orts, in deren Mitte das Geburtshaus des Staatspräsidenten steht, überreichte.

Stuttgart, 26. Juni. Abfahrungen. Die vom Schwabenbund geplante öffentliche Trauerfeier wegen des Vertrags von Versailles ist aus Anlaß der Ermordung Rathenaus abgelehnt worden.

Die Feier der Demokratischen Partei zu Ehren des 60. Geburtstags des Staatspräsidenten Dr. Hieber, die am Dienstag abgehalten werden sollte, findet vorerst nicht statt.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs ruft zur Gegenwehr gegen die „monarchistische Reaktion“ auf, um Kundgebungen zu veranstalten. Die Reaktion habe jede Rücksicht verwirkt. Die Regierung müsse rücksichtslos gegen diese Staatsverbrecher vorgehen. — In Stuttgart wird am Dienstag nachmittag auf dem Marktplatz eine Kundgebung veranstaltet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesverband Württemberg, dem die Gesamtverbände deutscher Angestellten, Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, sowie der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften angehören, hat sich gegen den Kundgebungsstreik erklärt und wird sich daran nicht beteiligen. Die Regierung werde von sich aus die richtigen Maßnahmen treffen, wenn das Staatswesen in Gefahr läge.

Stuttgart, 26. Juni. Falsche Spur. Am Sonntag mittag wurde auf dem Schloßplatz ein Auto angehalten, dem ein weiterer Kraftwagen angehängt war. Die Insassen wurden verhaftet, aber, als sich feststellen ließ, daß sie mit dem Rathenau-Mord nicht in Verbindung standen, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Stuttgart, 26. Juni. Würtl. Pferdehandels-Schiedsgericht. Zwischen der Würtl. Landwirtschaftskammer, dem Arbeitgeberbund des Fuhr- und Transportgewerbes in Württemberg und dem Verein Würtl. Pferdehändler ist zur Schlichtung und Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten aus dem Handelsverkehre mit Pferden ein Schiedsgericht errichtet worden.

Mittelstandsnachhilfe. Der Verkauf von entbehrlichen Gegenständen aus dem Besitz des notleidenden Mittelstands im Ausstellungsgelände, Kanälestraße 28, findet regen Zuspruch. In den ersten drei Verkaufstagen konnte zugunsten der notleidenden Verkäufer ein Erlös von fast 100 000 Mark erzielt werden. Gleichzeitig haben Hunderte von Minderbemittelten Gelegenheit gefunden, sich ein billiges Kleidungs- oder Wäschestück zu erwerben.

ep. Ludwigsburg, 26. Juni. Karlsöhner Jahresfest. Bei schönstem Wetter feierte gestern die Karlsöhne unter großer Beteiligung ihr Jahresfest. Den Jahresbericht gab Direktor Schlichter. Die Schulden der Karlsöhner Anstalten sind von 388 000 auf 446 000 M. gestiegen. Männerheim und Kinderanstalt sind dauernd voll besetzt.

Stuttgart, 26. Juni. Nachfolger des Professors v. Haug. Die Unterrichtsverwaltung hat an den Kunstmaler und Graphiker Professor Karl Caspar in München einen Ruf an die Kunstakademie als Nachfolger des Prof. v. Haug ergeben lassen.

Stuttgart, 26. Juni. Fahrpreiserhöhung bei den Personenposten. Ab 1. Juli werden die Fahrpreise bei den Krasiposten auf 1,50 M., bei den Personenposten mit Pferden und den Karriolposten auf 1 M., für den Tarifkilometer erhöht.

Ludwigsburg, 26. Juni. Die Älteste. Fräulein Pauline Beile vollendet morgen ihr 99. Lebensjahr. Sie ist die Tochter des früheren Amtmanns von Rängen und späteren Regierungsrats hier.

Fornsbach, 26. Juni. Diamantene Hochzeit. Der frühere Gutsbesitzer Georg Rieger feierte mit seiner Gattin Karoline, geb. Schilp, das Fest der diamantenen Hochzeit.

Gönningen, O. L. Tübingen, 25. Juni. Ein Valutahandel. Ein Maler verkaufte einen 2 1/2 Monate alten Bock um 14 000 M. österr. Kronen. Er ließ sich durch die Bablen trüben, denn er hatte vorher ein Angebot von 1000

Mark abgelehnt, was fast doppelt soviel ist als bis 14 000 Kronen.

Ulm, 26. Juni. Bestrafter Dieb. Der Kaufmann Karl Pfeiffer von Geislingen hatte einem Landwirt von Stabersheim 10 000 Mark in bar und mehrere tausend Mark in Wertpapieren gestohlen. Die Strafkammer verurteilte den Dieb zu 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis.

Waldsee, 25. Juni. Beißende Hunde. Bei Hopfenweiden drangen frühmorgens zwei von der Reite losgelassene Hofhunde in den Schaffersch ein und töteten 82 Schafe. Viele andere wurden verletzt, so daß noch 8 Stück notgeschlachtet werden mußten.

Crailsheim, 26. Juni. Autounfall. Auf der Rückkehr vom Wendling-Konzert in Jony stieß der fürstlich Zeißische Kraftwagen mit dem Fuhrwerk des Pferdehändlers Sauter von Jony in späterer Nachtstunden zusammen. Die Gräfin Maria wurde schwer verletzt, der Wagenlenker kam mit leichten Wunden davon. Auch Sauter erlitt schwere innere Verletzungen und das Pferd mußte geschlachtet werden.

Baden

Freiburg i. B., 26. Juni. Im Anschluß an eine von den sozialistischen Parteien einberufene Protestversammlung durchzogen kleine Trupps dieser Versammlung die Straßen, wobei es verschiedentlich zu Ausschreitungen kam. Die Leute erzwangen die Entziehung der anfänglich eines Regimentstages ausgehängten schwarz-weiß-roten Fahnen, die dann sofort verbrannt wurden. Bei einem Zusammenstoß zwischen Teilnehmern an dem Regimentstest und Sozialisten kam es zu Mißhandlungen. Ein Teil der Täter konnte verhaftet werden. Sie waren teilweise aus Offenburg und Mannheim zugereist.

Öbrach, 26. Juni. Der Inhaber der Firma Freund u. Co. (Konfektions- und Schuhwarenhandel), Val Hirschen, wurde wegen vorsätzlicher Hinterziehung der Einkommen- und Umsatzsteuer zu einer Geldstrafe von 600 000 M. verurteilt. Das Urteil wird auf Kosten des Verurteilten veröffentlicht.

Karlsruhe, 26. Juni. Billige Touristen-Sonderzüge nach dem Schwarzwald. Infolge der gegenwärtigen kaum erspönglichen Höhe der Fahrpreise hat es der Verkehrsverein Karlsruhe unternommen, in Verbindung mit dem Badischen Verkehrsverband während der Sommermonate Gesellschafts-Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen zu veranstalten. Im Monat Juli ist je ein Sonderzug nach Freiburg am Sonntag den 9. und nach Triberg am Sonntag den 23. Juli vorgesehen. Die Sonderzüge werden wie Schnellzüge durchgeführt und halten unterwegs nur auf wenigen Stationen. Abfahrt in Karlsruhe jeweils etwa 6 Uhr morgens, Ankunft an den Zielstationen etwa 9 Uhr vormittags. Rückkehr nach Karlsruhe am gleichen Tage etwa 1/2 11 Uhr abends. Die Fahrpreise des Sonderzuges, der jeweils in Mannheim eingesetzt wird, betragen für die Strecke Karlsruhe-Freiburg und zurück 56 M. (gegenüber 158 M. Schnellzug 3. Klasse und 84 M. Personenzug 4. Klasse), Karlsruhe-Triberg 4. Klasse hin und zurück 52 M. (gegenüber 150 M. Schnellzug 3. Klasse und 82 M. Personenzug 4. Kl.). Anmeldungen für den Freiburger Zug sind bis zum 3. Juli, für den Triberger bis 15. Juli an den Verkehrsverein, Kaiserstr. 145, oder an den Badischen Verkehrsverband, Kaiserstr. 145 zu richten, bei welchen Stellen auch die Fahrkarten in Empfang genommen werden können. Anmeldung ist bindend. Die Sonderzüge kommen nur bei genügender Beteiligung zur Ausführung, andernfalls werden die anzubehaltenen Beträge wieder zurückerstattet.

Nastatt, 26. Juni. (Raubüberfall.) In der Nacht zum Samstag wurde die 40jährige Kochfrau Marie Eberhardt von zwei unbekannten Männern überfallen und beraubt. Die Täter schlugen die Frau zu Boden und raubten ihr den Geldbeutel mit 40 M. Inhalt.

Freistatt (bei Rehl), 26. Juni. (Wom Blüß getötet.) Vom Blüß erschlagen wurde der Landwirt Benjamin Welti, als er auf dem Felde mit Röhren beschäftigt war.

Heidelberg, 26. Juni. (Bestechung beim Wohnungsamt.) Der beim hiesigen Wohnungsamt beschäftigte Beamte Fr. Kleehaupt hatte einem hiesigen Hausbesitzer eine Wohnung zugewiesen, obgleich er dazu gar nicht berechtigt war und sich dafür 1000 Mark von dem Hausbesitzer geben lassen. Wegen Bestechung wurde Kleehaupt von der Strafkammer zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Hausbesitzer Anton Weß erhielt eine Geldstrafe von 2000 Mark.

Mannheim, 26. Juni. Vom Auto überfahren.) In der Friedrichselderstraße wurde ein 15jähriger Bursche namens Edwin Bär von einem Automobil überfahren und so schwer verletzt, daß er alsbald starb.

Ladenburg, bei Mannheim, 26. Juni. (Die Reichsflagge entfernt.) In einer der letzten Nächte wurde die anfänglich der Trauer um Oberschlesien auf Halbmaß gehißte Reichsflagge am Bahnhof von Unbekannten entfernt und durch eine schwarz-weiß-rote Fahne ersetzt.

Hornberg, 26. Juni. (Glücklicher Fund.) Das Geld liegt auf der Straße! Ein Obst-Großhändler von Gutach rabelte Hausfuß zu. Da kam ihm ein 50-Mark-Schein unter den Gummis, ein zweiter, ein hunderter, ein Tausender und nach mehrmaligem Absteigen hatte er bald rund 9000 M. Banknoten zur Hand. Wem gehörte das Geld? Im Hause eines Branntweinhändlers erzählte der Obstgroßhändler sein eigenartiges Erlebnis, und der Frau des Branntweinhändlers hämmerte es. Sie befragte ihren von den Strapazen ausruhenden Gemahl nach dem Erlös aus dem Schnapsverkauf. „Im Rudrad liegen die 10 000 Mark“. Es kamen aber aus demselben nur etwa 50 M. in kleinen Scheinen zum Vorschein. Mit einer ungewohnten „Frigidität“ machte sich der Eigentümer mit dem Finder nochmals auf den Weg und sie fanden im Grase auch den noch fehlenden „Tausender“. Einen Finderlohn schlug der Obstgroßhändler aus und verwies den Verkäufer damit an die Krankenschwestern.

Sädingen, 26. Juni. (Töblicher Unglücksfall.) In den Stadel-Werten wurde der 14jährige Düsarbeiter Mutter von einem an einer im Gang be-

findlichen Schleifschabe befestigten Schlüssel an den Kopf getroffen und getötet.

Oberrich, 26. Juni. (Todesfall.) Der Seel-sorger der nahen Gemeinde Ulm, Pfarrer G. Kästel, ist nach schwerem Leiden im Alter von 61 Jahren gestorben.

Allerlei

Ehrung. Die Universität Wien hat den Schwabenschlöcher Adam Müller-Guttenbrum wegen seiner unermüdblichen Arbeit für das Deutschtum und seiner großen kulturgeschichtlichen Romane zum Ehrendoktor ernannt. — Fräulein Hedwig Fidler, eine geborene Pforzheimerin, ist wegen ihrer Verdienste um die Erforschung des Amazonengebietes als ordentlicher Professor an die Universität in Rio de Janeiro (Brasilien) berufen und zum Ehrendoktor ernannt worden.

Neuzeitliche Heiratsanfrage. In der Weimarer Zeitung „Deutschland“ ließ dieser Tage eine unternehmungslustige junge Dame folgendes Inserat erscheinen: „Junge, hübsche Dame, die berufstätig ist und Familie ernähren kann, sucht zwecks baldiger Heirat Bekanntschaft eines jungen Herrn, der frohen, haushalten usw. kann, eventuell aus der Schokoladenbranche.“

Eine Mahnung zur Vorsicht. Eine Frau in Leipzig hatte nicht beachtet, daß auf dem Gasherd ihrer Küche überkochendes Wasser die Gasflamme gelöscht hatte und das Gas unverbrannt dem Brenner entströmte. Man fand die Frau mit einer schweren Gasvergiftung bewußlos in der Küche liegend. Ein Arzt konnte die Frau mit dem Sauerstoffapparat noch ins Leben zurückrufen.

Die Giftatmosphäre in Frankreich. In Grenoble hatte der bekannte Tierarzt Hagenbeck aus Hamburg, der an eine Gesellschaft in Frankreich verkauft werden soll, am 24. Juni, abends, eine Vorstellung begonnen. Da kam die Polizei, verhaftete 18 Tierhändler und Angestellte und wies sie aus Frankreich aus. In der Stadt wurden feindliche Kundgebungen veranstaltet.

Der „Bolschewikenkopf“. Im Vorwärts lesen wir: Die neuen Geldscheine, die gegenwärtig in der Reichsdruckerei hergestellt werden, haben zum Teil im Publikum Anstoß erregt. Namentlich der Zehntausendmarktschein erweckt bei einigen Mißtrauischen den Verdacht, der darauf abgebildete „Bolschewikenkopf“ solle eine Verhöhnung der Reichsregierung bedeuten. Dazu können wir folgendes mitteilen: Die Scheine mußten wegen der dringenden Papiergeldnot so rasch wie möglich angefertigt werden. Auf Porträtskizzen konnte man aus sicherungstechnischen Gründen nicht verzichten. Neue Entwürfe hätten zu viel Zeit in Anspruch genommen. Daher entschloß man sich, Bildnisgemälde alter deutscher Meister als Vorlagen zu benutzen: Holbeins berühmten Kaufmann Siehe, dessen Original in unserm Kaiser-Friedrich-Museum hängt, Gemälde von Georg Petz, Amberger usw. Der „Bolschewikenkopf“ auf dem Zehntausendmarktschein aber ist nichts andres als eine Wiedergabe von Dürers Portrait seines Bruders.

Ein Valutaherz von der Genuakonferenz. Pariser Blätter erzählen folgendes Geschichtchen über ein Abschiedsmahl in Genua: Nach der Konferenz saßen Lloyd George, Barthou, Schöber und Tschitscherin bei einem gemächlichen Abschiedsmahl im Gasthof. Als es zum Essen kommt, nimmt Lloyd George aus der Westentasche ein kleines Goldstück und legt es auf den Tisch. Nach ihm zieht Barthou die Brieftasche hervor und legt eine Fünzigfrankennote zu dem Goldstück, Schöber greift ebenfalls in die Brieftasche, bringt ein Papier zu Tage und überreicht es dem Zahlkellner. Dieser wendet das Papier nach allen Seiten und fragt: „Monseigneur, was ist das?“ Schöber erwidert: „Der Frachttarif! Der Wagon mit dem Geld ist im Bahnhof.“ Schließlich kam auch Tschitscherin nicht umhin, seine Rechnung zu begleichen; er holt aus seiner Handtasche ein größeres Paket heraus und hält es dem Oberkellner stumm hin. Der Herr Ober knüpft die Schnüre auf, reißt das Papier weg, sieht etwas und blickt dann Tschitscherin fragend an. Der Russe lächelt und sagt: „Das sind die Klischees. Drucken Sie sich Geld, so viel Sie wollen.“

ep. Evang. Weltkirchenkonferenz. Auf Anregung der amerikanischen Kirchen und kirchlichen Vereinigungen hat der schweizerische evang. Kirchenbund die Einladung zu einer allgemeinen Konferenz der evangelischen Kirchen am 10. und 11. August nach Kopenhagen in die Hand zu nehmen. Der Deutsche Ev. Kirchenausschuß wird durch den Vorsitzenden des Auslandsausschusses, Vizepräsident D. Dr. K. A. P. Berlin und Geh. Kirchenrat Prof. D. Th. H. Leipzig, in dessen Behinderungsfall durch Prälat D. Schöll-Stuttgart vertreten sein.

Ein Wort für die Zeitung der Heimat. Die Ev. Pressekorrespondenz schreibt: Durch die gewaltige Steigerung ihrer Herstellungskosten haben sich die Zeitungen genötigt gesehen, ihre Bezugspreise neuerdings zu erhöhen. Das legt manchem Leser den Gedanken nahe, auch seine Druckschrift abzuleisten. Es ist bekannt, mit welchen geringfügigen Namen oft die kleinen Zeitungen besetzt werden, aber nicht genügend bekannt ist, welche bedeutenden Kulturfaktor sie bieten. Sie bringen durch ihre Nachrichten aus der nächsten Umgebung die Mitbürger, die Stadt- oder Dorfgemeinden, die Gemeinden des Bezirkes einander nahe; sie pflegen Heimat- und Nächstenliebe. Es würde etwas vom Nützlichsten und Traulichsten aus unserem öffentlichen Volksleben verschwinden und die Verwurzelung in der Heimat, ohne die der Mensch innerlich krank wird, würde in einem wichtigen Stück durchschnitten, wenn unsere kleine örtliche Presse ausbleiben müßte oder durch Allerweltblätter aus der Großstadt ersetzt würde.

ep. Den Wucherern ins Stammbuch. Warum wir nach der günstigen Rübenenernte des letzten Jahres so hohe Zuckerpreise und so große Zuckernoten haben, ist ein Rätsel, das nachgerade jede Haushaltung beschäftigt. Nach der Zeitschrift „Auf der Warte“ beträgt der Zuckerpriß mehr als das 30fache des Preises für Zuckerrüben; nach derselben Quelle hat der Direktor einer großen Zuckerraffinerie erklärt, bei ihm liegen noch 160 000 Ztr. Zucker, aber nicht für das Publikum, sondern für die „Bienen“. Wo sich diese „Bienen“ wohl befinden? Es ist ein offenes Geheimnis, daß viel Zucker, den die Bevölkerung notwendig brauchen könnte, zuerst zurückgehalten wurde und dann an Fabriken für Herstellung von Likör und Sombons sowie an Brennereien abgewandert ist, wo jeder Preis bezahlt wird.

Etagen-Geschäft

Frank

Wäsche- und Aussteuer-Artikel
Pforzheim, Westf. 29, 1. Etage.



Der Tod in den Bergen. Der Schneesturm im Wagnersgebiet (Oberbayern) hat außer den gemeldeten noch weitere Opfer gefordert. Durch Erschöpfung und Erfrieren haben der Münchener Diplomingenieur Dr. Veitl, der Studierende Ursperger aus Traunstein und Dr. Klausler aus Landau (Pfalz) den Tod gefunden. Im Kaisergebirge ist der 21jährige Handlungsgehilfe Hans Saumoller aus München abgestürzt.

Großfeuer. Das ganze Blecherei-Gebäude der Augsburgener Kattunfabrik am Vogelstorf ist abgebrannt. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Streik. Wegen Gehaltsstreitigkeiten sind 2700 technische Angestellte und Werkführer der Adlerwerke Kleyer in Frankfurt a. M. in den Ausstand getreten. Die Werke haben darauf die ganze Belegschaft von 7000 Personen ausgesperrt.

Der Hamburger Bombenmann, der für verschiedene Anschläge gegen die kommunistische Zeitung „Volksstimme“ in Hamburg die Sprengkörper anfertigte, ist in der Person des 20jährigen Kaufmanns Schrader ermittelt worden. In seiner Wohnung wurden einige Pfd. Schwarzpulver, Sprengkapseln usw. gefunden. Einige gleichaltrige Personen sind ebenfalls festgenommen.

Neue Zeitungen, natürlich mit französischer Richtung, sollen in Esch-Bohringen demnächst erscheinen. Die Gründer gehören der großen Zeitungs-Gesellschaft in Paris an.

Das amerikanische Hilfswerk. Nach dem letzten Jahresbericht des Lutherischen Nationalkongress in den Vereinigten Staaten hat dieses bis zum Januar 1922, ungerechnet die gewaltigen Sendungen von Kleidern und Lebensmitteln, im ganzen 1 1/2 Millionen Dollar für die notleidenden Länder Europas aufgebracht. Unter den Empfängerländern steht Deutschland mit 20 Millionen Mark obenan, die viele Anzeichen christlicher Liebesaktivität in schwerer Zeit zeigen oder vor dem Zusammenbruch bewahrt haben. Der Heidenmission hat das Konzil 220 000 Dollar zugewendet. Von der Deutsch-evang. Synode, die 1400 meist aus weniger bemittelten Schichten zusammengesetzte deutsche Gemeinden umfasst, sind Deutschland gegen 20 Millionen Mark zugeflossen. Neuerdings wendet sich die amerikanische Hilfe namentlich auch nach Russland zu.

Zur Konfiskation der Viehausfuhr aus Württemberg

Vom Fleischerinnungs-Ausschuß Düsseldorf wird uns geschrieben: In mehreren württembergischen Zeitungen haben wir in der letzten Zeit Artikel gefunden, in denen die Sperrung der Viehausfuhr empfohlen wird. In einem dieser Artikel (Schorndorfer Volksblatt) wird in Verbindung mit dieser Frage angegeben, daß das Fleisch in Düsseldorf, wozu auch aus Württemberg Vieh ausgeführt wird, billiger sei als in Württemberg selbst. Der Artikel beruft sich für diese Behauptung auf das Anerkennen einer Düsseldorfer Großschlachtereier vom 16. Juni d. J., in dem schönes frisches Rindfleisch mit 35-38 M pro Pfund, schneeweißes Kalbfleisch mit 46-48 M pro Pfund und Hammelfleisch mit 42 bis 44 M pro Pfund angeboten wird. Die Düsseldorfer Fleischerinnung legt Wert darauf, zu erklären, daß dieses Angebot von einer Düsseldorfer Firma stammt, die bekannterweise minderwertiges Fleisch liefert und dem realen Fleischerhandwerk unlautere Konkurrenz macht. Die Fleischpreise in Düsseldorf sind zweifellos höher als in Württemberg. Am 16. Juni wurde z. B. in Düsseldorf schönes frisches Rindfleisch mit 60-66 M pro Pfund, prima Mastkalbfleisch mit 60-66 M, Hammelfleisch mit 58-60 M und Schweinefleisch mit 72-74 M pro Pfund bezahlt. Unter diesen Preisen sind die Fleischermeister auch nicht in der Lage, einwandfreies Fleisch zu liefern. Die Schlachtviehpreise durch die Zeitungen bekannt geworden sein, daß in verschiedenen Großstädten der hiesigen Gegend die Metzgermeister wegen der nach ihrer Auffassung übertriebenen Schlachtviehpreise zum Käuferstreik übergegangen sind.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 27. Juni 1922.

Dem Abendkonzert im Kurfaal am Freitag, den 23. Juni, gaben die angereicherten Stücke aus Wagners „Meistersinger“ das künstlerische Gepräge. Es ist ein Wagnersstück von dem Leiter unserer Kapelle, sich bei einem so schmählich reduzierten Orchester eine solche Aufgabe zu stellen. Wagner steht bei den Meistersingern mit beiden Füßen in der polyphonen Kunst Joh. Seb. Bachs und kompliziert sie zur höchsten Vollendung. Kein Faden dieses kunstvoll geschlungenen Tongewebes ist unwichtig

oder entbehrlich. Um so bewundernswerter ist es, wie es Musikdirektor Franz versteht, durch äußerst geschickte Einziehungen und weise dynamische Abtönung unterflügelt von der Hingabe seiner Künstler, den Eindruck der Totalität zu geben. Aber es ist ein gar schweres Arbeiten für ihn, darüber seien wir uns klar. Ein unermüdetlicher Idealismus gehört dazu, um unter solchen Verhältnissen nicht den schaffenden Mut zu verlieren. Herr Franz spielte die ungarische Fantasie von Griegmacher. Ein Hauptverdienst von ihm war es, daß er es verstand, diesem in akademischer Trockenheit konzipierten Brovoustück lebendigen Odem einzuhauchen. Damit bewies er seine starke Musikalität, die von einer absolut überlegenen, sauberen Technik unterstützt wird. Der vergangene Winter scheint ein äußerst fruchtbarer für ihn gewesen zu sein. Musikalische Kabinettstücke deutscher Romantik wie die Ouvertüre zu „Die lustigen Weiber von Windsor“ von unserer Kapelle in der Ausdeutung ihres Leiters zu hören, ist immer ein Genuß und so war auch der Auftakt an jenem Abend ein erbaulicher.

Sitzung des Gemeinderats am 19. Juni 1922.

Ortschulratswahl. Für die Zeit bis 31. März 1925 werden vom Gemeinderat folgende 5 Vertreter der hiesigen Schulgemeinde in den Ortschulrat gewählt: Ludwig Kappelmann, Kaufmann, Frau Emilie Bechtle, Hoteliers Ehefrau, Fritz Koch, Zimmermeister, Karl Schlüter, Zimmermeister, Frau Medizinalrat Dr. med. Fritz.

Verwaltungsabteilung des Gemeinderats. In diese Abteilung werden für die Zeit bis 31. März 1925 mittelst geheimer Abstimmung gewählt: Stadtpfleger Brachhold, Hotelbesitzer A. Bechtle, Kaufmann L. Kappelmann, Zimmermeister Chr. Schmid, als Stellvertreter: Flaschnermeister Großmann, Maurermeister Wilh. Schill.

Waggebühren. Die Waggebühren für Benutzung der städt. Brückenwagen hier und in Sprollenhaus werden mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt: a: für alle Wiegungen, leere und beladene Wagen, Vieh usw. bis zu 500 kg. 4 M., für jedere weiteren angefangenen 500 kg. 50 Pfg., b) für Kraftfahrzeuge das Doppelte dieser Sätze. Die Bestimmungen der Beschlüsse vom 24. Sept. 1890 und 9. Juni 1909 bleiben im Uebrigen in Kraft. Als Wagzeiten werden bestimmt: in der Zeit vom 1. April bis 30. Sept. von vorm. 7-12 Uhr und nachm. von 1 1/2-6 Uhr, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März vorm. von 8-12 Uhr und nachm. von 1 1/2-5 Uhr. Für Wiegungen außerhalb dieser Stunden ist neben obigen Sätzen an den Wagmeister eine Ganggebühr von 10 M. zu entrichten. Kraftfahrzeuge, welche die Leistungsfähigkeit der Wäge offenkundig übersteigen, und von dem Wagmeister zurückzuweisen.

Schulhausbau in Sprollenhaus. Zufolge Anordnung des gem. Oberamts in Schulsachen in Neuenbürg wurde vom Stadtbauamt Plan und Kostenvoranschlag über die Herstellung eines Schulsaal- und Wohnungsaufbaues auf das Schulhaus in Sprollenhaus gefertigt. Die Kosten des Aufbaues werden auf 2 250 000 M. veranschlagt. Ehe sich der Gemeinderat über die Ausführung des Baues schlüssig macht, sollen zunächst Feststellungen darüber gemacht werden, inwieweit der Staat sich an den Kosten zu beteiligen gesonnen ist. Da das bisherige Schulhaus fr. Zt. mit Hilfe des Staats erbaut wurde, ist anzunehmen, daß eine Verpflichtung des Staats in dieser Hinsicht vorliegt, worüber noch näherer Grund gemacht werden soll. Der Gemeinderat weist in seinem Beschlusse wiederholt darauf hin, daß die Schülerzahl in Sprollenhaus infolge des Kriegs in den nächsten Jahren beträchtlich abnimmt und deshalb die vom Oberschulrat verlangte Erweiterung der Sprollenhäuser Volksschule um 1 Klasse ohne erheblichen Nachteil für den Unterricht ganz gut noch einige Jahre zurückgestellt werden könnte, um günstigere Baugeszeiten abzuwarten.

Hebammen. Das Bartgeld der Hebammen Refler, Aldermann und Gräßer wird mit Wirkung vom 1. April 1922 von jährlich 1000 M. auf 1500 M. erhöht, da die Hebammen in vielen Fällen bei der ärmeren Bevölker-

ung die erhöhten Hebammentagen nicht voll erheben können. Der Hebamme Gräßer in Sprollenhaus wird zur Anschaffung eines zur Verfertigung der weit auseinanderliegenden Parzellen erforderlichen Fahrrads ein Beitrag von 1500 M. aus der Stadtkasse verwilligt.

Leichenschauer. Die Gebühr des Stadtarzts Dr. Schwab für Bornahme der Leichenschau wird auf 35 M. für 1 Sterbfall festgesetzt. Für die Parzellen bei Entfernungen von über 1 Km. treten hierzu noch Kilometergelder.

Sonstiges. Der Erlass des Landesamts für Arbeitsvermittlung, wonach der Stadtgemeinde aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine letzte Zahlung von 60 607 M. als Beitrag zur Erbauung der Bagner- und Partstraße angewiesen ist, wird dem Gemeinderat bekannt gegeben. Ebenso ein Erlass des Landesfinanzamts vom 5. Mai 1922, nach welchem die Erbschaftsteuer der Stadt für Aufwendungen auf Kriegswohlfahrtspflege während des Kriegs auf 138 003 M. festgestellt ist, die vom Reich mit 4 1/2% verzinst und mit jährl. 1% getilgt werden soll. — Es folgen noch kleinere Gegenstände und Schätzungen.

Peter und Paul, den 29. Juni, liebt der Landmann als schönen, sonnigen Tag, denn nach einem alten Spruch soll ein solcher Tag eine gute Ernte verheißen, während ein regnerischer Peter und Paul die Weintrauben faulen läßt. Die Kirchengemeinde erreicht nun ihren Höhepunkt, daher nennt man den Tag auch den Kirchengesang. Der Bauer schätzt den kommenden Ertrag seiner Felder nach dem jetzigen Stand. Die Sommerzeit hat, wenn auch die heißesten Tage erst im Juli nachfolgen, ihren Höhepunkt erreicht und es geht dem Herbst zu mit seinen Früchten, mit seinen kühleren Nächten und kürzeren Tagen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 26. Juni 350,40 Mark.

Der Wert der Mark im Ausland. Für 100 M. wurden Ende voriger Woche bezahlt: In Zürich 1,60 (vor dem Krieg 125,40) Franken, Amsterdam 0,79 (59,20) Gulden, Kopenhagen 1,45 (88,80) Kronen, Stockholm 1,20 (88,80) Kronen, Wien 5,345 (117,80) Kronen, Prag 15,82 (117,80) Kronen, London 1,64 (97,80) Schilling, New York 0,3112 (23,80) Dollar, Paris 3,5250 (125,40) Franken, Rom 6,29 (123,45) Lire.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 26. Juni bis 2. Juli zum Preise von 1400 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 700 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Für Reichsilbermünzen wird bis auf weiteres der 30fache Betrag des Nennwerts bezahlt.

Der Mehlpreis 2500 Mark. Die süddeutsche Mehlvereinbarung hat den am Samstag auf 2450 Mk. festgesetzten Preis für Weizenmehl Spezial 0 mit Wirkung ab heute weiter auf 2500 Mk. für die 100 Kilo erhöht.

Stuttgarter Börse, 26. Juni. Die Börse lieferte heute dem Devisenmarkt in keiner Weise Gefolgschaft. Während auf dem letzteren die Preise wieder stark anziehend waren und sich allerdings im Verlauf der Börse etwas abschwächten, waren die Kurse auf dem Aktienmarkt kaum verändert gegen den Stand vom Freitag. Man ist an der Börse sehr verstimmt über die derzeitige politische Lage Deutschlands und steht in abwartender Haltung dem Verlauf der Ereignisse entgegen. Markt-Vereinsbank.

Stuttgart, 26. Juni. Landesproduktebörsen. Die große Devisenbörse hat am Getreide- und Mehlmarkt eine weitere Preissteigerung bewirkt. Angebot schwach, Umsätze gering. Es notierten je 100 Kg. ab wärrt. Station: Weizen 1800-1840 (am 19. Juni: 1680 bis 1730) M., Hafer 1500-1550 (1350-1380) M., Weizenmehl Nr. 0 2525-2550 (2300-2325) M., Brotmehl 2225-2250 (2000-2025) M., Kleie 930-950 (830-850) M., drahtgepresstes Stroh 250-270 (250 bis 270) M.

Schweinemarkt Balingen, 25. Juni. Zufuhr wurden 142 Milchschweine. Der Handel war lebhaft. Preis für das Stück betrug 1750-3100 M., hat also damit seinen bisher höchsten Stand erreicht.

Viehmarkt Brackenheim, 26. Juni. Der Markt war gut besucht. Insgesamt waren 90 Stück aufgetrieben. Der Handel war flau. Die Käufer hielten sich zurück, da die Futterausichten nicht günstig sind. Rinder unter 1 Jahr kosteten 5000-15 000 M., von 1-2 Jahren 15 000-22 000 M., Kühe und Kalbinnen 20 000 bis 38 000 Mark.

Ellwangen, 26. Juni. Leure Schafweide. Bei der Schafweideverpachtung wurden aus der Sommerweide 150 000 (l. W. 36 800) Mark, von der Winterweide 21 100 (6700) Mark erzielt.

Wetter-Bericht

Die Strömungzone fällt sich allmählich wieder aus. Am Mittwoch und Donnerstag ist ein Nachlassen der Gewitterneigung und sommerlich warmes Wetter zu erwarten.

Beeren sammeln

In den Gemeinewaldungen von Wildbad, Calmbach und Höfen ist Auswärtigen das Sammeln von Heidelbeeren und anderen Beeren

verboten.

Das Beeren sammeln ist für Ortseinwohner erst vom 10. Juli 1922 an gestattet.

Die Schultheißenämter von Wildbad, Calmbach und Höfen.

Für ein hiesiges größeres Kolonialwarengeschäft wird ein tüchtiger, zuverlässiger Mann geeigneten Alters zu möglichst baldigem Eintritt für

Büro und Lager

gesucht. Bei Zufriedenheit wird Lebensstellung zugesichert. Off. mit Zeugnisabschrift und Gehaltsansprüchen sind unt. Z 276 an das Kontor ds. Blattes zu richten.

Empfehle

gute frischgebrannte Kaffees
in ca. 8 verschiedenen Sorten
von Mk. 100.- bis Mk. 160.-

Leichtere Sorten (die verwehntesten Gaumen befriedigen) sind auch roh am Lager.

Robert Treiber.

Auto-Garage

Gast-Stallungen zur gest. Beachtung empfiehlt Café Bechtle.

Für unsere neuankommende Verkäuferin suchen wir auf 1. Juli ein

möbliertes Zimmer

für dauernd. Meldungen wollen auf dem Geschäftszimmer gemacht werden.

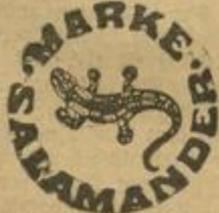
Consumverein.

Weltbekannt sind

Salamander = Stiefel!

Gute Paßform!

Hohe Eleganz!



Unübertroffen in Güte!

Schuhhaus Hermann Luz.
Mechanische Reparatur-Werkstätte.

Einige Str. gute

Kartoffeln

sind abzugeben. Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Rasier-Seife

Rasier-Pinsel

Rasier-Apparate
A. u. W. Schmit Medizinal-Drog.

Damenschirm

mit rotbraunem Vogengriff. stehen gelassen. Abzugeben bei Hebamme Refler.

Sunger, talentierter Künstler

(Musik), sucht zwecks weiterer Ausbildung die Bekanntschaft einer musikliebenden Dame zu machen, da ihm die Mittel dazu fehlen.

Gest. Zuschriften an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Z. d. A.

Heute abend 9 Uhr
Hotel Sonne.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend

Turnstunde

der Turner und Jüngling. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Der Turnwart. Sämtliche Teilnehmer der Reichs-Jugendwettkämpfe haben heute abend zu erscheinen.

Frauen-Qual.

Jetzt wird

Ihnen geholfen

bei Störungen u. Stockungen verwenden sie meine Spezialmittel

1000de Erfolge, vielfach in einigen Stunden, oder nächsten Tage, schmerzlos, ohne Berufsstörung, unschädlich, mit

Garantie-Schein

Tellen Sie mir mit, wie lange Sie klagen. Diskreter Versand! Fr. Mertens, Dortmund, Schwanenwall Nr. 31.

